

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Schrifttum	XXXVII

Teil 1. Das Konkursverfahren

Einleitung	1
I. Regelungszweck von Insolvenzverfahren	1
II. Internationalisierung des Insolvenzrechts	1
III. Grundsätze des Verfahrens	3
1. Beschränkung der Entscheidungsbefugnis	3
2. Der Konkurs als Haftungsverwirklichung	3
3. Das Prinzip der gleichmäßigen Befriedigung aller Gläubiger	3
4. Der Grundsatz der Gläubigerautonomie	3
5. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	4
IV. Umfang der Beschlagnahme des Schuldvermögens	4
1. Geschäftsbücher des Gemeinschuldners	5
2. Handelsgeschäft des Gemeinschuldners	5
3. Ansprüche und Forderungen	5
4. Neuvermögen	5
5. Vollstreckung wegen Masseschulden	6
V. Die Bereinigung der Konkursmasse	6
VI. Wirkung von DDR-Konkursen	6
VII. Anmeldepflicht der Konkursgläubiger	7
VIII. Selbstverwaltungsorgane im Konkurs	7
1. Der Konkursverwalter	7
2. Die Gläubigerversammlung	8
3. Der Gläubigerausschuß	8
IX. Entsprechende Anwendung der Vorschriften der ZPO	9
1. Gerichtsstand	9
2. Ausschließung und Ablehnung des Konkursrichters oder Rechtspflegers	9
3. Parteifähigkeit, Prozeßfähigkeit, Vollmachten	10
4. Kostenvorschriften	10
5. Prozeßkostenhilfe	10
6. Akteneinsicht	11
a) Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht im Konkurseöffnungsverfahren	11
b) Auskunft und Akteneinsicht bei Sicherungsmaßnahmen nach § 106 KO	12
c) Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht im eröffneten Konkursverfahren	12
d) Akteneinsicht durch Dritte	13
e) Ersuchen von Behörden und Sozialversicherungsträgern im Rahmen der Amtshilfe	13
f) Akteneinsicht nach Beendigung des Verfahrens	14
g) Auskunft und Akteneinsicht in abgeschlossenen Konkursverfahren	14
h) Art und Umfang der Akteneinsicht	15
i) Ausschluß der Akteneinsicht durch Richter oder Rechtspfleger	15
k) Aktenversendung und Überlassung im laufenden Verfahren	16
l) Die Versendung von Konkursakten in abgeschlossenen Verfahren	16

m) Rechtsbehelfe gegen die Versagung der Akteneinsicht	17
n) Akteneinsicht im Vergleichsverfahren	18
o) Geschäftliche Behandlung von Anfragen und Auskunftsersuchen zu wissenschaftlichen Zwecken	19
7. Anwendbarkeit sonstiger Vorschriften der ZPO	19
X. Abweichungen von den Vorschriften der ZPO	20
1. Amtsbetrieb	20
2. Entscheidungen des Konkursgerichts	21
a) Verfügungen und Beschlüsse	21
b) Begründungspflicht bei gerichtlichen Entscheidungen	21
3. Zustellungen und öffentliche Bekanntmachungen	22
a) Art der öffentlichen Bekanntmachung	24
b) Beispiel einer auszugsweisen Bekanntmachung	24
c) Das Ersuchen um Einrückung	24
d) Weitere Bekanntmachungen	25
e) Der Zeitpunkt der Wirksamkeit von Beschlüssen, Zustellungen und Bekanntmachungen	25
f) Die rechtliche Bedeutung der öffentlichen Bekanntmachung und Einzelzustellung	26
g) Zustellung durch Aufgabe zur Post	26
h) Zustellungsadressaten	26
XI. Anzuwendende Vorschriften des GVG	27
1. Gerichtssprache	27
2. Geschäftsverteilung	27
3. Sitzungsleitung	28
4. Öffentlichkeit	28
5. Die Zulassung der Presse zur Gläubigerversammlung	29
6. Protokollierung	29
7. Rechts- und Amtshilfe	29
XII. Die Richter- und Rechtspflegerablehnung	30
1. Die Vornahme notwendiger Maßnahmen trotz Ablehnung	31
2. Kein Ablehnungsrecht der Gläubiger	32
XIII. Rechtliches Gehör im Konkursverfahren	32
1. Anhörung der Beteiligten	32
2. Rechtliches Gehör	33
a) Einzelfälle rechtlichen Gehörs	33
b) Rechtliches Gehör bei Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	34
c) Rechtliches Gehör bei verfahrensabschließenden Entscheidungen	34
d) Rechtliches Gehör und persönliche Beschränkungen des Gemeinschuldners	35
XIV. Besondere Vorschriften	36
XV. Zuständigkeiten im Konkursverfahren	36
1. Das Konkursgericht	36
a) Funktionelle Zuständigkeit des Konkursgerichts	37
b) Vorstellungen der Reformkommission	37
c) Entwurf einer Insolvenzordnung	37
2. Der Konkursrichter	37
a) Zuständigkeit	37
b) Das Gegenlesen von Beschlüssen	37
c) Anordnungen der Justizverwaltung über die Mitwirkung des Rechtspflegers in Konkurs- und Vergleichsverfahren sowie im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland	39
d) Der Richtervorbehalt	40
e) Weisungen des Konkursrichters	41

	Inhaltsverzeichnis	IX
f) Gültigkeit von richterlichen Handlungen	41	
g) Richterablehnung	42	
h) Reformvorstellungen	42	
3. Konkursrechtspfleger	43	
a) Funktionelle Zuständigkeit	43	
b) Die einzelnen Zuständigkeiten des Rechtspflegers	43	
c) Ausnahme von der Rechtspflegerzuständigkeit	44	
d) Vorlage an den Konkursrichter	44	
e) Rechtspflegerablehnung	45	
f) Vorstellungen der Reform-Kommission	46	
g) Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Insolvenzrechts	47	
4. Zusammenarbeit zwischen Richter und Rechtspfleger	47	
a) Formen der Kooperation	47	
b) Die Abstimmung unterschiedlicher Rechtsansichten	48	
c) Informationsaustausch	49	
5. Beseitigung von Kompetenzkonflikten	50	
a) Kompetenziüberschreitungen	50	
b) Kompetenzkonflikte	50	
c) Geschäfte des Urkundsbeamten	51	
d) Bearbeitung übertragener Sachen durch den Richter	51	
6. Zuständigkeit des Urkundsbeamten	52	
XVI. Rechtsbehelfe	54	
1. Konkursrichter	54	
a) Sofortige Beschwerde	54	
b) Beschwerde	54	
c) Wirksamwerden der Beschwerdeentscheidung	54	
d) Weitere Beschwerde	55	
e) Unanfechtbare Entscheidungen	55	
2. Konkursrechtspfleger	55	
a) Abhilfebefugnis	56	
b) Entscheidungen des Konkursrichters	56	
c) Keine Abhilfebefugnis	56	
d) Unanfechtbare Entscheidungen	56	
3. Urkundsbeamter	56	
Kapitel 1. Das Konkursöffnungsverfahren		
I. Der Antrag auf Eröffnung	58	
1. Das Antragsrecht	58	
a) Das Antragsrecht bei Vereinen und Personengesellschaften	59	
b) Das Antragsrecht bei beschränkt haftenden Handelsgesellschaften	59	
c) Das Antragsrecht bei Genossenschaften	60	
d) Antragsrecht bei Vereinen und Stiftungen	60	
e) Antragsberechtigte beim Nachlaßkonkurs	61	
f) Der Konkursantrag wegen kapitalersetzender Leistungen	61	
g) Das Konkursantragsrecht des Gläubigers	62	
h) Antragsrecht des dinglich gesicherten Gläubigers	63	
i) Keine Antragsberechtigung aus Ansprüchen wegen § 63 KO	63	
k) Der Konkursantrag des Finanzamts	63	
l) Der Konkursantrag des Sozialversicherungsträgers	64	
m) Spezielle Antragsrechte bei Kreditinstituten, Versicherungen und Bausparkassen	64	
2. Verzicht des Gläubigers auf das Konkursantragsrecht	65	

3. Die Rücknahme des Konkursantrages	65
a) Zeitpunkt der Rücknahme	65
b) Rücknahme bei mehrköpfiger Vertretung	65
c) Kostenfolge der Rücknahme	66
4. Die Konkursantragspflicht	66
a) Die antragspflichtigen Personen	66
b) Die Pflicht zur Eigenprüfung	67
c) Die gesetzlichen Antragsfristen	67
d) Antragspflichten mehrerer organ-schaftlicher Vertreter	67
e) Konkursantrag und Amtsniederlegung bzw. Abberufung	67
f) Insolvenzantragspflicht bei Masselosigkeit	68
g) Pflicht zu neuem Konkursantrag?	69
h) Insolvenzantragspflicht bei streitigem Konkursgrund	69
5. Form des Konkursantrags	70
6. Der Inhalt des Konkursantrags	70
 II. Die Konkursgründe	71
1. Der Begriff der Zahlungsunfähigkeit	71
a) Das Merkmal der Wesentlichkeit	71
b) Das Merkmal der Dauer	72
c) Die fälligen und ernstlich eingeforderten Geldschulden	72
d) Böswillige Zahlungsverweigerung	73
2. Überschuldung	73
a) Rechnerische Überschuldung	73
b) Rechtliche Überschuldung	74
c) Der modifizierte zweistufige Überschuldungsbegriff	74
3. Überschuldung und Verschuldung	75
4. Überschuldung und Unterbilanz	75
5. Die Überschuldung bei Nachlaßkonkurs	75
 III. Die örtliche Zuständigkeit des Konkursgerichts	76
1. Kompetenzkonflikte	77
2. Keine Konzernzuständigkeit	78
3. Zuständigkeit für Gesellschafter-Konkurs	78
4. Konkursgerichtsstand von Personen ohne Wohnsitz	79
5. Der satzungsmäßige Sitz	79
6. Zuständigkeit bei Anschlußkonkurs	79
7. Zuweisung von Konkurssachen an bestimmte Amtsgerichte	79
 IV. Prozeßkostenhilfe bei Konkursantrag	80
1. Der Prozeßkostenhilfeantrag des Gläubigers (Antragstellers)	80
a) Die Antragstellung	80
b) Entwurf eines Konkursantrags	81
c) Rechtliches Gehör des Schuldners	81
d) Vermögensverhältnisse des Antragstellers	82
e) Die Erfolgsaussicht	83
f) Beiordnung eines Rechtsanwalts	84
g) Amtsermittlungen und Entscheidung über die Prozeßkostenhilfe	84
h) Wirkungen der Bewilligung von PKH	85
i) Rechtsmittel	85
2. Prozeßkostenhilfe für den Gemeinschuldner	85
3. Gewährung der Prozeßkostenhilfe durch Beschuß	86
4. Aktenmäßige Behandlung der Anträge auf Bewilligung von PKH	86
5. Die Gewährung von Beratungshilfe	87
 V. Einreichung einer Schutzschrift	87

	Inhaltsverzeichnis	XI
VI. Die gerichtliche Prüfung bei Eigenantrag des Schuldners	88	
A. Die Zulässigkeit des Eigenantrags	88	
1. Die ordnungsmäßige Antragstellung	88	
2. Die Antragsberechtigung	89	
a) Antragsrecht bei der Vorgesellschaft	89	
b) Das Antragsrecht von Liquidatoren	90	
c) Das Antragsrecht des faktischen Organs	90	
d) Antragsrecht des abberufenen oder ausgeschiedenen organschaftlichen Vertreters	91	
e) Antragsberechtigung bei Nachlaßkonkurs	92	
f) Prüfung der Vertretungsberechtigung und Vollmacht	93	
3. Die Konkursfähigkeit des Antragstellers	93	
a) Konkursfähigkeit	94	
aa) Liquidationsgesellschaften	94	
bb) Juristische Personen des öffentlichen Rechts	94	
b) Konkursunfähigkeit	94	
c) Die Konkursfähigkeit der Vor- und Nachgesellschaft	95	
aa) Die Konkursfähigkeit der Vorgründungs- und Vorgesellschaft	95	
bb) Die Konkursfähigkeit der fehlerhaften Gesellschaft	95	
cc) Die Konkursfähigkeit der Nachgesellschaft (Liquidationsgesellschaft)	95	
dd) Konkursfähigkeit von Genossenschaften	96	
4. Nachweis der Zuständigkeit des Konkursgerichts	97	
5. Glaubhaftmachung des Konkursgrundes	97	
6. Die erforderlichen Antragsunterlagen	98	
a) Das Gläubiger- und Schuldnerverzeichnis	98	
b) Die Vermögensübersicht	98	
c) Die Frist für die Aufstellung der Vermögensübersicht	99	
7. Beispiel des Eigenantrags einer GmbH auf Eröffnung des Konkurses	100	
8. Die Beanstandung des Eigenantrags durch das Konkursgericht	100	
a) Formularmäßige Beanstandung und Fristsetzung	102	
b) Anmahnung und Nachfristsetzung	102	
9. Beispiel eines Vermögens- und Überschuldungsstatus für eine GmbH & Co. KG	103	
10. Verzeichnis der Gläubiger	106	
11. Verzeichnis der Schuldner	106	
12. Ergänzende Angaben	107	
13. Die Zulassung des Eigenantrags	110	
B. Begründetheit des Eigenantrags	110	
1. Amtsermittlungen	111	
2. Sicherungsmaßnahmen bei Eigenantrag	112	
3. Zwangsmäßignahmen	113	
4. Kein Massekostenvorschuß bei Eigenantrag des Schuldners	113	
VII. Die gerichtliche Prüfung bei Konkursantrag des Gläubigers	114	
A. Die Zulässigkeit des Antrags	115	
1. Die ordnungsmäßige Antragstellung	115	
a) Der Konkursantrag als Prozeßhandlung	115	
aa) Form des Antrags	115	
bb) Auslegung	115	
cc) Keine Bedingungen – Der Konkursantrag ist bedingungsfeindlich	116	
b) Die genaue Bezeichnung der Parteien	116	
c) Die Angabe der ladungsfähigen Anschrift	117	
d) Kein Konkursantrag wegen Teilbeträgen	118	
e) Zustellungsfähige Durchschrift des Konkursantrags	118	

f) Beanstandung eines Konkursantrages	119
g) Beanstandung bei im Handelsregister gelöschter GmbH	119
2. Die Antragsberechtigung des Gläubigers	120
3. Angaben zur Konkursfähigkeit des Antragsgegners	121
4. Das Rechtsschutzinteresse	121
a) Rechtsschutzinteresse und Forderung aus kapitalersetzender Leistung	122
b) Rechtsschutzinteresse bei Konkursantrag zwecks Kaugzahlung	123
5. Beanstandungen im Rahmen der Zulässigkeitsprüfung	123
a) Formelle Beanstandung des Konkursantrags	123
b) Hinweis bei örtlicher Unzuständigkeit	124
c) Der Verweisungsantrag wird gestellt	124
d) Zurückweisung des Antrags wegen Unzuständigkeit des Gerichts	125
e) Kompetenzkonflikte	126
6. Die Kostenentscheidung bei fehlender Antragsberechtigung	126
7. Die Glaubhaftmachung von Forderung und Konkursgrund	127
a) Die Art der Glaubhaftmachung	127
b) Die Glaubhaftmachung der Forderung	128
c) Die Glaubhaftmachung des Konkursgrundes	129
d) Fehlende oder ungenügende Glaubhaftmachung	132
e) Rechtsfolgen fehlender Glaubhaftmachung	132
8. Der Konkursantrag wegen Rückzahlungsansprüchen aus kapitalersetzen- den Leistungen	132
9. Die Zulassung des Gläubigerantrags	133
10. Mitteilungspflichten	134
B. Das eigentliche Konkursöffnungsverfahren bei Gläubigerantrag	135
1. Zustellung des Konkursantrags	136
2. Anhörung des Schuldners (§ 105 Abs. 2)	138
a) Funktionelle Zuständigkeit des Konkursgerichts	138
b) Sonstige Anzuhörende	138
c) Art und Weise der Anhörung	138
d) Absehen von der Anhörung (§ 105 Abs. 3)	139
e) Kein Anwesenheitsrecht des Gläubigers	139
f) Die Rechtsfolgen unterlassener Schuldneranhörung	139
g) Beispiel einer mündlichen Anhörung	140
h) Unentschuldigtes Nichterscheinen des Schuldners	140
i) Beispiel einer mündlichen Anhörung mit Übertragung auf den Rechts- pfleger	140
k) Rechtlches Gehör und gesetzliche Auskunftspflichten des Schuldners	143
l) Protokoll bei unentschuldigtem Nichterscheinen des Schuldners	144
m) Beispiele einer schriftlichen Anhörung	145
n) Vorführung des Schuldners	171
o) Die Verhaftung des Schuldners oder Schuldner-Vertreters	173
p) Unmöglichkeit der Verhaftung	175
3. Reaktionen des Schuldners	176
a) Der Schuldner zahlt	177
aa) Antragsrücknahme durch den Gläubiger	177
bb) Der Antragsteller erklärt die Hauptsache für erledigt	179
cc) Anhörung des Schuldners	180
dd) Einwendungen des Schuldners	180
ee) Die Kostenentscheidung bei Erledigung der Hauptsache	181
b) Der Schuldner räumt Forderung und Konkursgrund ein	182
aa) Die Einforderung eines Massekostenvorschusses	182
bb) Keine Prozeßkostenhilfe für Massekostenvorschüsse	183
cc) Rechtsmittel gegen die Massekostenvorschußanforderung	183

	Inhaltsverzeichnis	XIII
c) Der Antragsgegner (Schuldner) bestreitet	184	
aa) Der Schuldner äußerst sich überhaupt nicht	184	
bb) Der Schuldner bestreitet die Forderung	185	
α) Einwendungen gegen vollstreckbare Titel	185	
β) Einwendungen gegen Leistungsbescheide	186	
γ) Bestreiten und Gegenglaubhaftmachung	187	
δ) Bestreiten der allgemeinen Zulässigkeitsvoraussetzungen	187	
ε) Keine Relevanz titulierter oder rechtskräftig festgestellter Forderungen	187	
ζ) Sonderfall: Die bestrittene Forderung ist die einzige, die für den Fall ihres Bestehens den Konkursgrund ausmachen würde	188	
cc) Der Schuldner bestreitet den Konkursgrund	189	
d) Das Nachschieben von Forderungen	190	
aa) Der Schuldner bezahlt nur die Hauptforderung	190	
bb) Unzulässiges Nachschieben von Forderungen	190	
e) Schutzanträge des Antragsgegners	190	
f) Konkurshindernisse in der Person des Schuldners	191	
g) Unterbrechungswirkung durch Stellung eines Vergleichsantrags (§ 46 VglO)	192	
h) Kein Ruhen des Verfahrens	193	
VIII. Besonderheiten des Nachlaßkonkurses	193	
1. Zweck des Nachlaßkonkurses	193	
2. Antragsberechtigung	194	
3. Antragsfrist	194	
4. Glaubhaftmachung der Überschuldung	194	
5. Beispiel eines Antrags auf Eröffnung des Nachlaßkonkurses	195	
6. Beispiel einer Vermögensübersicht	196	
IX. Amtsermittlungen des Konkursgerichts	197	
1. Amtsermittlungen im Zulässigkeitsbereich	198	
2. Amtsermittlungen hinsichtlich des Konkursgrundes	198	
a) Funktionelle Zuständigkeit	198	
b) Zeugenvernehmung	199	
c) Schuldnervernehmung und Protokoll einer Vernehmung	199	
d) Auskunft des Gerichtsvollziehers	200	
e) Beziehung von Urkunden und Akten	201	
f) Gutachterbestellung	201	
aa) Die Person des Gutachters	202	
bb) Beispiele eines Gutachterbeschlusses	203	
cc) Zwangsmäßignahmen gegen den Schuldner	207	
dd) Beispiel eines Gutachtens nach Rechtsanwalt Dr. B. Klasmeyer	208	
ee) Rechtliches Gehör der Beteiligten	220	
ff) Vergütung des Sachverständigen	221	
gg) Auslagen	221	
hh) Aufteilung von Sachverständigenkosten auf verschiedene Verfahren	222	
3. Amtsermittlungen hinsichtlich der Massezulänglichkeit	222	
4. Grenzen der Amtsermittlung	223	
5. Ausschluß von Rechtsbehelfen	223	
6. Kosten der Amtsermittlung	224	
X. Tod des Schuldners im Konkursöffnungsverfahren	224	
1. Umstellung des Konkursantrages	224	
2. Notwendige Unterlagen	224	
3. Rechtsschutzinteresse	225	
4. Nachlaßkonkurs	225	

XI. Vorläufige Sicherungsmaßnahmen	225
1. Erforderlichkeit	225
2. Der Sicherungszweck	226
3. Anordnungen zur Sicherung der künftigen Konkursmasse	226
4. Rechtliches Gehör	226
5. Rechtsbehelfe	227
6. Aufhebung von Maßnahmen	227
7. Einzelne Sicherungsmaßnahmen	228
a) Beschlagnahme und Siegelung	228
aa) Muster einer Siegelung	229
bb) Die Entsiegelung	230
cc) Muster einer Entsiegelung	230
b) Sequestration	231
aa) Muster eines Sequestrationsbeschlusses	231
bb) Zuständigkeit	232
cc) Sachliche Voraussetzungen einer Sequestration	233
dd) Die Gewährung rechtlichen Gehörs	233
ee) Inhalt des Sequestrationsbeschlusses	233
ff) Wirksamwerden des Beschlusses	234
gg) Rechtsbehelf	235
hh) Die Befugnisse des Sequesters	235
ii) Gerichtliche Aufsicht	236
kk) Die Haftung des Sequesters	236
ll) Die Vergütung des Sequesters	236
α) Selbständige Kostenentscheidung	237
β) Keine Ausfallhaftung der Staatskasse	238
γ) Die Höhe der Sequestervergütung	238
δ) Auslagen	239
ε) Beispiel einer Vergütungsfestsetzung	240
mm) Rechnungslegung des Sequesters	241
nn) Entlassung des Sequesters	242
c) Allgemeines Veräußerungsverbot	242
aa) Wirksamwerden des Verbots	242
bb) Wirkungen des allgemeinen Veräußerungsverbots	242
cc) Sonstige Wirkungen	243
dd) Muster eines allgemeinen Veräußerungsverbots	244
ee) Verbindung von Gutachterbestellung mit allgemeinem Veräuße- rungsverbot	244
ff) Besonderes Veräußerungsverbot	245
gg) Muster eines Veräußerungsverbots bezüglich einzelner Gegenstände . .	246
hh) Aufhebung des allgemeinen und besonderen Veräußerungsverbots .	246
ii) Text der Bekanntmachung	246
d) Verbindung von Sequestration und allgemeinem Veräußerungsverbot .	246
e) Haft des Schuldners	247
aa) Beispiel eines Sicherungshaftbefehls	247
bb) Aufhebung des Haftbefehls	248
f) Postsperrre	248
g) Sicherungsmaßnahmen trotz Aussetzung des Konkursverfahrens	249
h) Rechtsbehelfe	249
i) Aufhebung der Sicherungsmaßnahmen	250
XII. Entscheidungen, die das Eröffnungsverfahren abschließen	251
1. Zurückweisung als unzulässig	252
2. Zurückweisung als unbegründet	253

	Inhaltsverzeichnis	XV
3. Abweisung mangels Masse (§ 107 Abs. 1 S. 1)	254	
a) Begriff der Masselosigkeit	254	
aa) Massekostendeckung beim Gläubigerantrag	254	
bb) Massekostendeckung bei Eigenantrag des Schuldners	255	
a) Massekostendeckung und Liquidität	256	
b) Die Einbeziehung von Masseschulden in die Massekostendeckungsprüfung	256	
cc) Kein Massekostenvorschuß bei Eigenantrag	257	
b) Teilmasselosigkeit	257	
c) Höhe des Massekostenvorschusses	257	
d) Beispiele der Anforderung eines Massekostenvorschusses	258	
e) Massekostenvorschuß bei mehreren Antragstellern	262	
f) Kostenvorschuß und Anschlußkonkurs	262	
g) Rückzahlung des Vorschusses	262	
h) Keine Prozeßkostenhilfe für Massekostenvorschuß	262	
i) Rechtsmittel gegen Auflagenbeschluß	262	
k) Rechtliches Gehör vor Abweisung mangels Masse	263	
l) Der Abweisungsbeschluß	263	
m) Die Kostenentscheidung bei Abweisung mangels Masse	266	
aa) Die Praxis der Konkursgerichte	266	
bb) Kostenentscheidung zu Lasten des Schuldners	267	
cc) Keine Kostenfestsetzung gegen den Antragsteller	267	
dd) Keine Zweitschuldnerhaftung wegen der Sequestrationskosten	267	
n) Veröffentlichung des Abweisungsbeschlusses	268	
o) Mitteilungspflichten	268	
p) Eintragung in das Schuldnerverzeichnis	270	
q) Einsicht und Auskunft	270	
r) Löschung im Schuldnerverzeichnis	271	
s) Rechtsfolgen der Abweisung mangels Masse für Gesellschaften des Handelsrechts	272	
4. Die Eröffnung des Konkurses	273	
a) Der Eröffnungsbeschluß	273	
b) Wirksamwerden des Eröffnungsbeschlusses	277	
c) Die Verbindung der Termine	277	
d) Die Ausführung des Eröffnungsbeschlusses	278	
aa) Maßnahmen des Konkursgerichts	278	
bb) Muster einer Ausführungsverfügung	280	
cc) Anschreiben Konkursverwalter Amtsgericht München	282	
dd) Merkblatt für Konkursgläubiger	287	
ee) Weitere Mitteilungen	289	
5. Beschwerde und Maßnahmen nach Aufhebung der Eröffnung	291	
a) Beschwerdeberechtigte	291	
b) Beschwerdefrist	291	
c) Mitteilung und Bekanntmachung der Aufhebung	292	
d) Weitere Beschwerde	293	
e) Rechtskraftwirkung des Eröffnungsbeschlusses	293	

Kapitel 2. Die Stellung des Gemeinschuldners

I. Allgemeines	294
1. Verlust des Verwaltungs- und Verfügungsrechts	294
2. Wirksamkeit von Rechtshandlungen	294
3. Wirksamkeit von Leistungen an den Gemeinschuldner	295
4. Auskunftspflichten und Mitwirkungspflichten des Gemeinschuldners	295

5. Prozeßunterbrechung und Vollstreckungsstop	296
6. Vollstreckungen gegen den Gemeinschuldner aus dem Konkursöffnungsbeschuß	296
II. Zwangsweise Vorführung und Haft	297
III. Gestaltung des Wohnortwechsels	297
1. Antrag	298
2. Entscheidung	298
IV. Gewährung des notdürftigen Unterhalts oder einer Unterstützung	298
1. Antrag	299
2. Entscheidung	299
V. Tod des Gemeinschuldners	300
 Kapitel 3. Der Konkursverwalter	
I. Allgemeines	301
1. Aufgaben und Pflichten des Konkursverwalters	301
2. Die Rechtsstellung des Konkursverwalters	302
3. Die Konkursöffnungsbilanz	302
4. Informations- und Auskunftspflichten des Konkursverwalters	303
II. Die Auswahl des Konkursverwalters	310
1. Wahl und Abwahl des Konkursverwalters	310
2. Auswahlkriterien	310
III. Die Aufsicht des Konkursgerichts	312
1. Allgemeines	312
a) Aufsicht des Konkursgerichts	312
b) Initiativrecht	312
c) Amtsweiges Einschreiten	313
d) Auferlegung einer Sicherheit	313
2. Die Prüfung der Kassenführung	314
3. Die Festsetzung eines Zwangsgeldes	314
a) Androhung	315
b) Festsetzung	316
4. Die Entlassung aus dem Amt	316
a) Entlassungsantrag	317
b) Entlassungsbeschluß	317
c) Veröffentlichung	318
d) Rechtsmittel	318
e) Sonstige Beendigungsgründe und Rechnungslegung	319
f) Vergütungsfestsetzung bei vorzeitiger Beendigung des Verwalteramtes	320
IV. Die Vergütung des Konkursverwalters	320
1. Allgemeines	320
2. Festsetzung durch anfechtbaren Beschuß	321
3. Der Festsetzungsantrag des Verwalters	322
4. Begründung des Festsetzungsbeschlusses	322
5. Vorschuß	323
a) Antrag des Konkursverwalters auf Genehmigung eines Vorschusses	324
b) Beschuß des Gerichts über die Entnahme des Vorschusses	324
c) Rechtsbehelfe	324
6. Die Höhe der Vergütung	324
a) Berechnungsgrundlage	325
aa) Sonderverwalter	325
bb) Mehrere Verwalter	325
cc) Nacheinander von Verwaltern	325

dd) Die Schuldenmasse als Berechnungsgrundlage	325
ee) Berechnungsgrundlage bei massearmen Verfahren	325
b) Die Regelvergütung	326
c) Multiplikatorerhöhende Faktoren	326
d) Multiplikatormindernde Faktoren	327
e) Besondere Tätigkeiten des Konkursverwalters	327
f) Rückzahlungsanordnungen des Gerichts	327
g) Vergütung für Hilfskräfte des Verwalters	327
h) Festsetzung von Auslagen	328
7. Unzulässigkeit von Gebührenvereinbarungen	328
8. Vergütung für Nachtragsverteilungen	328
9. Umsatzsteuer	329
10. Rechtsmittel	329

Kapitel 4. Der Gläubigerausschuß

Allgemeines	330
1. Bestellung des Gläubigerausschusses	330
2. Zusammensetzung des Gläubigerausschusses	330
a) Auswahl der Mitglieder	330
b) Interessenkollision	331
3. Rechtsmittel gegen die Bestellung	332
4. Mitgliederzahl	332
5. Pflichten der Gläubigerausschussmitglieder	332
6. Beispiel eines Merkblattes zur Information des Gläubigerausschusses	334
7. Rechte des Gläubigerausschusses	335
8. Gläubigerausschuß und Konkursgericht	336
9. Beschlussfähigkeit nach § 90 KO	336
10. Haftung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	337
11. Kein Recht zur Ablehnung des Richters oder Rechtspflegers	337
12. Die Beendigung des Amtes	337
13. Vergütung der Gläubigerausschussmitglieder	338
a) Vorschüsse auf Vergütung und Auslagen	339
b) Auslagenfestsetzung	339
c) Erstattung der Umsatzsteuer	339
d) Das gerichtliche Festsetzungsverfahren	340
e) Rechtsmittel	340
14. Beispiel für die Bestellung eines vorläufigen Gläubigerausschusses	340

Kapitel 5. Die Gläubigerversammlung

I. Allgemeines	341
1. Berufung	341
2. Öffentliche Bekanntmachung	341
3. Leitung der Gläubigerversammlung	342
4. Zulassung der Presse	342
5. Festsetzung von Ordnungsgeld-Ordnungshaft	343
6. Beschlussfähigkeit	343
7. Abstimmungserfordernisse	343
8. Aufgaben der Gläubigerversammlung	344
9. Auskunftspflicht des Gemeinschuldners	345
II. Die erste Gläubigerversammlung (der Wahltermin)	345
1. Tagesordnung	345
2. Beispiel des Protokolls einer Gläubigerversammlung	347

3. Beispiel einer Stimmliste für die Abstimmung in einer Gläubigerversammlung	350
4. Beispiel eines formularmäßigen Protokolls einer Gläubigerversammlung	351
III. Berufung einer besonderen Gläubigerversammlung	356
Kapitel 6. Die Konkursmasse (Teilungsmasse)	
I. Aufzeichnung der Masse, Inventar und Bilanz	358
1. Aufzeichnungspflicht	358
2. Verzeichnis der aufzuzeichnenden Gegenstände	359
3. Die Siegelung	360
4. Die Aufstellung eines Inventars	361
5. Die Pflicht zur Aufstellung einer Konkursbilanz	361
II. Die eidesstattliche Versicherung des Gemeinschuldners	372
1. Antrag	373
2. Terminsbestimmung	373
3. Abgabe der eidesstattlichen Versicherung	373
III. Die Entscheidung über Schließung des Geschäfts	375
1. Haftungsgefahren bei Unternehmensfortführung im Konkurs	375
2. Verwalterhaftung bei Benutzung von Mobiliarsicherungsgut	376
3. Die Haftung des Insolvenzverwalters für Neugeschäfte	377
a) Vertragliche Haftung aus c. i. c. oder wegen positiver Vertragsverletzung ..	377
b) Haftung für Neugeschäfte nach § 82 KO	378
4. Einzelne Haftungsfälle	378
5. Auferlegung einer Sicherheitsleistung	379
6. Haftung des Gläubigerausschusses bei Unternehmensfortführung	379
7. Überwachungspflichten des Konkursgerichts bei Unternehmensfortführung durch den Konkursverwalter	379
IV. Die Abwicklung der schwebenden Rechtsgeschäfte	380
1. Wahlrecht des Konkursverwalters	380
2. Miet- und Pachtverhältnisse	381
3. Dienst- und Arbeitsverhältnisse	381
4. Die Vorfinanzierung vom Konkursausfallgeld	383
5. Auftrag und Geschäftsbesorgungsverträge	383
6. Vormerkung	384
V. Die Anfechtung	385
1. Allgemeines	385
2. Die Anfechtungsfälle	386
a) Die besondere Konkursanfechtung	386
b) Die Absichtsanfechtung	386
c) Die Schenkungsanfechtung	387
VI. Aufnahme anhängiger Prozesse durch den Konkursverwalter	387
1. Aktivprozesse	387
2. Passivprozesse	387
3. Passivprozesse zur Schuldenmasse	388
VII. Die Verwertung der Masse	388
1. Zuständigkeit	388
2. Genehmigungspflichtige Veräußerungsgeschäfte	389
3. Veräußerung des Firmennamens oder eines Warenzeichens	389
4. Anwendbarkeit des § 613 a BGB	389
5. Ausverkauf oder Räumungsverkauf	390
6. Geschäftsbücher	391
VIII. Hinterlegung von Geld, Wertpapieren und Kostbarkeiten	391

	Inhaltsverzeichnis	XIX
IX. Steuern, Buchführung	394	
1. Handelsrechtliche Buchführungs- und Bilanzierungspflichten des Konkursverwalters	394	
2. Pflicht zur handelsrechtlichen Buchführung	394	
3. Die steuerlichen Pflichten des Konkursverwalters	395	
4. Rechnungslegungspflichten bei Betriebsfortführung im Konkurs	396	
a) Einkommensteuerliche Probleme	397	
b) Aufteilung der einheitlichen Jahreseinkommensteuerschuld	397	
c) Tarifbegünstigter Abgabegewinn	397	
X. Das Kassenbuch	397	
 Kapitel 7. Aussonderung und Absonderung		
I. Die Aussonderung	398	
1. Allgemeines	398	
2. Aussonderungsberechtigte	399	
a) Eigentümer	399	
aa) Einfacher Eigentumsvorbehalt	399	
bb) Erweiterter Eigentumsvorbehalt (Kontokorrentvorbehalt)	399	
cc) Erweiterter Eigentumsvorbehalt (Konzernvorbehalt)	400	
dd) Verlängerter Eigentumsvorbehalt mit Vorausabtretung	400	
ee) Verlängerter Eigentumsvorbehalt mit Verarbeitungsklausel	400	
ff) Sicherungseigentum	400	
b) Herausgabeanspruch	401	
c) Verfolgungsrecht	401	
II. Die Absonderung	401	
1. Unbewegliches Vermögen	401	
2. Pfandrecht und Sicherungseigentum	401	
3. Miteigentum-Gemeinschaft	402	
4. Konkursgläubigereigenschaft eines Absonderungsberechtigten	402	
5. Verwertungsrecht des Konkursverwalters	402	
6. Muster eines Antrages auf Zwangsversteigerung eines Grundstücks	402	
7. Verwertung eines Absonderungsrechts am beweglichen Vermögen	403	
8. Muster eines Antrags auf Fristsetzung zur Pfandverwertung und des Gerichtsbeschlusses	403	
 Kapitel 8. Die Schuldenmasse		
I. Allgemeines	404	
1. Konkursgläubiger	404	
a) Keine Konkursforderungen	405	
b) Aufrechnungsberechtigte Gläubiger	405	
2. Umfang der Berücksichtigung der Konkursforderung	405	
3. Die Rangordnung	406	
II. Die Anmeldung der Konkursforderungen	411	
1. Notwendigkeit der Anmeldung	411	
2. Die Anmeldefrist	412	
3. Inhalt der Anmeldung	412	
4. Muster einer Anmeldung	413	
III. Prüfung der Anmeldungen und Eintragung in die Konkurstabelle	418	
1. Mängel der Anmeldung	418	
2. Anlegung der Konkurstabelle	419	

3. Änderung und Vervollständigung der Eintragung	420
4. Niederlegung der Tabelle	420
5. Tabelle in Karteiform	421
6. Niederlegung der Anmeldungen	422
IV. Muster einer Konkurstabellen	422

Kapitel 9. Die Prüfung der angemeldeten Konkursforderungen

I. Der allgemeine Prüfungstermin	430
1. Begriff des allgemeinen und besonderen Prüfungstermins	430
2. Verzicht auf besonderen Prüfungstermin	430
3. Anwesenheit im Prüfungstermin	430
4. Prüfung der Forderungen	432
5. Beseitigung eines Widerspruchs gegen eine Konkursforderung	432
6. Wirkung der Eintragung des Prüfungsvermerks in die Tabelle	434
7. Das Stimmrecht des Gläubigers bestrittener Forderungen	435
a) Einigung über das Stimmrecht	436
b) Entscheidung des Gerichts	436
c) Kriterien der Stimmrechtsbewilligung	436
d) Bedingte Forderungen und Ausfallforderungen	436
8. Weitere Prüfungstermine	437
9. Protokoll eines allgemeinen Prüfungstermins	437
10. Versäumung des Prüfungstermins	438
11. Die Tätigkeit des Konkursgerichts nach dem Prüfungstermin	438
a) Urkundlicher Vermerk festgestellter Forderungen	438
b) Nachricht an Gläubiger bestrittener Forderungen	439
12. Vertagung des Prüfungstermins	439
13. Ausführungsverfügung	439
II. Der besondere Prüfungstermin	440
1. Voraussetzungen für einen besonderen Prüfungstermin	440
2. Bekanntmachung des besonderen Prüfungstermins	440
3. Kosten eines besonderen Prüfungstermins	442
III. Berichtigung und Änderung der Konkurstabellen	442

Kapitel 10. Die Verteilung der Konkursmasse

I. Befriedigung der Massegläubiger	446
1. Massekosten	446
2. Masseschulden	447
3. Rangfolge der Befriedigung	450
4. Massearmut	450
5. Auszahlung nach § 170 KO	451
II. Befriedigung bevorrechtigter Forderungen	452
1. Voraussetzungen der Auszahlung nach § 170 KO	452
2. Antrag auf Vorwegausschüttung	453
3. Ermächtigungsbeschuß	453
III. Die Abschlagsverteilung	454
1. Zeitpunkt der Abschlagsverteilung	454
2. Prozentsatz	454
3. Die Niederlegung des Gläubigerverzeichnisses	455
a) Geprüfte Forderungen	455
b) Nicht geprüfte Forderungen	456

	Inhaltsverzeichnis	XXI
c) Verteilungsverzeichnis	456	
d) Beispiel der Anzeige einer Abschlagsverteilung und eines Verteilungsverzeichnisses	456	
e) Bekanntmachung der Abschlagsverteilung	458	
4. Berichtigung und Ergänzung des Gläubigerverzeichnisses	458	
a) Ausschlußfrist für Nachweise	458	
b) Frist für die Ergänzung bzw. Berichtigung des Verzeichnisses	458	
c) Beispiele für Nachweise der Gläubiger	459	
d) Einwendungen gegen das Verzeichnis	459	
e) Beispiele für Einwendungen	460	
f) Beispiel einer gerichtlichen Entscheidung	461	
g) Tätigkeit des Gerichts nach Beschußfassung	461	
5. Aussetzung der Abschlagsverteilung nach Anbringung eines Zwangsvergleichsvorschlags	462	
6. Die Durchführung der Abschlagsverteilung	463	
a) Bestimmung und Bekanntgabe der Quote	463	
b) Zurückzubehaltende Anteile	464	
c) Behandlung der Nachzügler	464	
IV. Die Schlußverteilung und die Aufhebung des Verfahrens	464	
1. Die Schlußrechnung	465	
a) Allgemeines	465	
b) Beispiel einer Einnahmen- und Ausgabenrechnung	465	
c) Inhalt der Schlußrechnung	467	
d) Form der Schlußrechnung	467	
e) Beispiele für eine Schlußrechnung	468	
f) Die Anlagen der Schlußordnung	485	
2. Die Genehmigung der Schlußverteilung und Anberaumung des Schlußtermins	486	
a) Prüfung der Schlußrechnung	486	
b) Genehmigung der Schlußverteilung	487	
c) Öffentliche Bekanntmachung der Schlußverteilung	489	
d) Anberaumung des Schlußtermins	489	
3. Der Schlußtermin	491	
a) Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen für den Schlußtermin	491	
b) Einwendungen gegen die Schlußrechnung	491	
c) Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis	491	
d) Beschußfassung über die Verwendung nicht verwertbarer Massegegenstände	492	
e) Anhörung der Gläubigerversammlung über die Erstattung barer Auslagen und einer Vergütung an die Gläubigerausschußmitglieder	492	
f) Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen	494	
g) Beispiel einer Niederschrift über den Ablauf eines Schlußtermins	494	
h) Verfügung zum Schlußterminsprotokoll	496	
i) Bekanntgabe des Vergütungsbeschlusses der Gläubigerausschußmitglieder	496	
4. Der Vollzug der Schlußverteilung	497	
a) Prozeßbefangene Forderungen	497	
b) Aufschiebend bedingte Forderungen	497	
c) Ausfallforderungen	497	
d) Auflösend bedingte Forderungen	498	
e) Hinterlegung von Quoten	498	
f) Aufsicht des Konkursgerichts	498	
g) Ausschüttungsnachweis des Konkursverwalters	499	
5. Die Aufhebung des Konkursverfahrens	499	
6. Verbindung von Schlußtermin, Konkursaufhebung und vorweggenommener Nachtragsverteilung	501	
7. Maßnahmen nach der Aufhebung des Verfahrens	502	

V. Die Nachtragsverteilung	504
1. Die Voraussetzungen für eine Nachtragsverteilung	504
2. Erforderliche Anordnung des Gerichts	504
3. Vollziehung der Nachtragsverteilung	505
4. Nachweis der Ausschüttung und Rechnungslegung	506
5. Vergütung für Nachtragsverteilung	506
6. Beispiel eines Anordnungsbeschlusses	506
Kapitel 11. Der Zwangsvergleich	
I. Gründe für ein Zwangsvergleichsverfahren	507
1. Vom Zwangsvergleich betroffene Gläubiger	507
2. Frist zur Einreichung eines Zwangsvergleichsvorschlag	508
3. Antragsberechtigte	509
II. Der Zwangsvergleichsvorschlag	510
1. Inhalt des Zwangsvergleichsvorschlags	510
2. Sicherstellung für die Erfüllung des Vergleichs	510
3. Form und spätere Abänderung des Vergleichsvorschlags	510
4. Beispiel eines Erlaß- und Stundungsvergleichs mit Bürgschafts- und Sicherstellungserklärungen	511
5. Beispiel eines Liquidationsvergleichs (Treuhandvergleichs)	512
6. Kombinierter Quoten- und Liquidationsvergleich	513
7. Besserungsschein und Besserungsklausel	513
8. Kassatorische Klausel	513
III. Die Vorprüfung	514
1. Zurückweisung wegen Unzulässigkeit	514
2. Rechtsmittel gegen Zurückweisungsbeschuß	514
3. Zurückweisung des Vergleichsvorschlags auf Antrag des Verwalters und des Gläubigerausschusses	515
IV. Die Terminsbestimmung	515
1. Bekanntmachung des Terms	515
2. Terminverbindung	516
3. Muster einer Terminbestimmung mit Terminverbindung	517
V. Der Vergleichstermin	518
1. Terminablauf	518
2. Abstimmungsmehrheiten	519
3. Feststellung des Abstimmungsergebnisses	520
4. Bestätigung des Zwangsvergleichs	520
5. Verwerfung des Zwangsvergleichs	521
6. Besonderheiten bei Nachlaß- und Genossenschaftskonkurs	521
7. Verfahren bei Verbindung der Termine	521
8. Muster eines Termsprotokolls mit Bestätigungsbeschuß und Stimmliste	522
9. Nichtannahme des Vergleichs durch die Gläubiger	525
VI. Die Aufhebung des Verfahrens	527
1. Befriedigung der Masseansprüche und Vorrechtsforderungen	527
2. Schlußrechnungslegung	527
3. Aufhebungsbeschuß	528
4. Wirkungen des Zwangsvergleichs	528
VII. Die Wiederaufnahme des Konkursverfahrens	529
VIII. Anfechtung wegen Täuschung	531

Kapitel 12. Die Einstellung des Verfahrens mit Zustimmung aller Gläubiger (Konkursverzicht)

I. Einstellung vor Ablauf der Anmeldefrist	532
II. Einstellung nach Ablauf der Anmeldefrist	532
III. Zustimmungserfordernisse	532
IV. Der Einstellungsantrag	533
V. Abweisung des Antrages	533
VI. Öffentliche Bekanntmachung des Antrages	534
VII. Widerspruch gegen die Einstellung	534
VIII. Berücksichtigung der Masseansprüche	535
IX. Einstellungsbeschuß	536
X. Rechtsmittel	536

Kapitel 13. Die Einstellung des Verfahrens mangels Masse

I. Voraussetzungen für den Einstellungsantrag	537
II. Anregung des Verwalters	537
III. Terminbestimmung und Terminprotokoll	538
IV. Abstandnahme von der Einberufung einer Gläubigerversammlung	539
V. Schlufrechnung des Verwalters	540
VI. Maßnahmen nach Einstellung	540
VII. Wirkung der Einstellung	540

Kapitel 14. Die Nachschußpflicht der Genossen im Genossenschaftskonkurs

I. Die Vorschußberechnung	542
1. Grundlagen der Vorschußberechnung	542
2. Beispiel einer Vorschußberechnung	543
3. Terminbestimmung	544
4. Terminprotokoll	545
5. Ausführung der Sitzungsniederschrift	546
II. Die Zusatzberechnungen	546
III. Die Nachschußberechnung	546
IV. Die Berechnung der Beitragspflicht der Ausgeschiedenen	547

Kapitel 15. Die Erteilung von vollstreckbaren Ausfertigungen

I. Vollstreckung der Forderung nach Aufhebung bzw. Einstellung des Verfahrens bzw. Zwangsvergleich	547
II. Zeitpunkt der Erteilung der Vollstreckungsklausel	548
III. Zuständig für die Erteilung	549
IV. Beispiel einer vollstreckbaren Ausfertigung	549
V. Vollstreckungsklausel nach Zwangsvergleich	551
VI. Vollstreckung im Genossenschaftskonkurs	552

Kapitel 16. Die Register- und Aktenführung

I. Die Registerführung	552
II. Die Aktenführung	554
III. Aufbewahrung und Vernichtung der Akten	554

Kapitel 17. Die Konkursstatistik 555

Teil 2. Das Vergleichsverfahren

Einleitung	559
I. Grundsätze des Verfahrens	559
1. Zweck des gerichtlichen Vergleichsverfahrens	559
2. Stellung des Vergleichsschuldners	559
3. Bindung aller Vergleichsgläubiger	560
4. Aufgaben des Vergleichsverwalters	560
5. Selbstverwaltungsorgane	560
6. Anwendung der Vorschriften der ZPO und Offizialmaxime	560
7. Entscheidungen des Vergleichsgerichts	561
8. Öffentliche Bekanntmachungen	561
9. Rechtsmittel	562
10. Anwendung der Vorschriften des GVG	563
II. Zuständigkeiten im Vergleichsverfahren	563
1. Zuständigkeit des Richters	563
2. Zuständigkeit des Rechtspflegers	563
3. Der Urkundsbeamte	564
4. Zusammenarbeit Richter – Rechtspfleger	564
Kapitel 1. Der Eröffnungsantrag, der Vergleichsvorschlag	
I. Allgemeines	564
1. Zulassungsvoraussetzungen	564
2. Unterschiede zum Konkursantrag	565
3. Stellung des Betriebsrats	565
II. Der Antrag auf Eröffnung	566
1. Form und Inhalt des Vergleichsantrags	566
2. Beizufügende Unterlagen und Erklärungen	567
3. Beispiel eines Antrags auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens	568
III. Die Anlagen des Antrags	570
1. Der Vergleichsvorschlag	570
a) Bestimmtheitserfordernis	570
b) Mindestquote	571
c) Liquidationsvergleichsvorschlag	571
d) Gleichbehandlung der Vergleichsgläubiger	571
e) Formulierungsrichtlinien	572
aa) Stundungs- und Erlaßvergleich	572
bb) Erlaßvergleich mit längerer Zahlungsfrist unter Vorabbefriedigung von Kleinforderungen	572
cc) Im Vergleich vereinbarte Überwachung – Vergleichsgläubigerhypothek	573
dd) Liquidationsvergleich	573
ee) Treuhandvertrag	574
f) Gründung einer Auffanggesellschaft	575
g) Besserungsklausel	575
h) Kombinierter Vergleichsvorschlag	575
2. Die Vermögensübersicht (Vergleichseröffnungsbilanz)	576
3. Verzeichnisse der Gläubiger und Schuldner	577
a) Das Gläubigerverzeichnis	577
b) Das Schuldnerverzeichnis	579
c) Informationsbogen für den Antragsteller	581
IV. Die Gewährung einer Nachholfrist	584

Kapitel 2. Die Entscheidung über Ablehnung oder Eröffnung des Verfahrens

I. Die Bestellung eines vorläufigen Verwalters und sonstige Maßnahmen	585
1. Der vorläufige Vergleichsverwalter	585
2. Bestellung eines vorläufigen Gläubigerbeirats	585
3. Die Anordnung von Verfügungsbeschränkungen	585
4. Der Beschuß des Gerichts	586
5. Der Bericht des Verwalters	590
II. Die Anhörung der Berufsvertretung	591
III. Einstweilige Einstellung von Vollstreckungsmaßnahmen	592
1. Der Antrag	593
2. Entscheidung des Gerichts	594
a) Einstellung einer Sachpfändung	594
b) Einstellung des Verfahrens auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung...	594

Kapitel 3. Die Entscheidung über Ablehnung oder Eröffnung des Verfahrens

I. Verzicht auf die Durchführung des Vergleichsverfahrens	595
II. Ablehnung des Vergleichsverfahrens	596
III. Entscheidung über den Anschlußkonkurs	598
IV. Vorschußanforderung bei Masselosigkeit	598
V. Ablehnung der Vergleichseröffnung und Konkursabweisung mangels Masse	598
VI. Rechtsbehelfe	599
VII. Entscheidung des Gerichts bei Masselosigkeit	599
VIII. Protokollarischer Verzicht auf die Durchführung des Vergleichsverfahrens und Anschlußkonkurs	601
IX. Beschuß über die Eröffnung des Anschlußkonkurses	602
X. Die Rücknahme des Vergleichsantrages	602
XI. Der Eröffnungsbeschuß	603
XII. Die Ausführung des Eröffnungsbeschlusses	604

Kapitel 4. Der Vergleichsverwalter

I. Die Auswahl des Vergleichsverwalters	606
1. Ernennung	606
2. Auswahlkriterien	607
II. Die Aufgaben des Vergleichsverwalters	607
1. Die einzelnen Pflichten	607
2. Maßnahmen zur Erfüllung der Verwalterpflichten	608
3. Haftung des Vergleichsverwalters	608
III. Die Aufsicht des Gerichts	609
1. Umfang des Aufsichtsrechts	609
2. Zwangsgeldfestsetzung	610
3. Amtsenthebung	611
IV. Die Festsetzung von Vergütung und Auslagen	612
1. Die Vergütung des vorläufigen Vergleichsverwalters	612
2. Die Vergütung des endgültigen Vergleichsverwalters	613
a) Auslagen	613
b) Kosten einer Haftpflichtversicherung	614
3. Die Vergütung für die Tätigkeit im Nachverfahren	614
4. Vergütung bei mehreren Verwaltern	614
5. Vergütung des Sachwalters	614

6. Festsetzungsverfahren	615
7. Vorschuß auf Vergütung und Auslagen	615
8. Umsatzsteuer	615
Kapitel 5. Der Gläubigerbeirat	
I. Auswahl der Mitglieder	616
II. Aufgaben des Gläubigerbeirats	616
III. Beschlüßfähigkeit	616
IV. Vergütung und Auslagen der Beiratsmitglieder	616
Kapitel 6. Wirkungen der Eröffnung des Verfahrens	
I. Allgemeines	618
1. Prozessuale Wirkungen	618
2. Vollstreckungsverbot	618
3. Einstellung und Aufhebung von Vollstreckungsmaßnahmen	619
a) Voraussetzungen	619
b) Anhörung	619
c) Fassung des Beschlusses	619
d) Rechtsbehelfe	619
II. Verwaltungs- und Verfügungsmacht des Schuldners	620
1. Das allgemeine Veräußerungsverbot	620
2. Das besondere Veräußerungsverbot	622
III. Die Aufhebung von vorläufigen Sicherungsmaßnahmen	622
Kapitel 7. Die am Vergleich beteiligten Gläubiger	
I. Vergleichsbeteiligte Forderungen	623
II. Nicht vergleichsbeteiligte Ansprüche	623
III. Forderungen aus gegenseitigen Verträgen	624
IV. Ablehnung und Kündigung von Verträgen durch den Vergleichsschuldner	625
Kapitel 8. Forderungsanmeldung und Gläubigerverzeichnis	
I. Forderungsanmeldung	627
II. Anlegung des Gläubigerverzeichnisses mit Stimmliste	628
Kapitel 9. Der Vergleichstermin	
I. Anwesenheit	629
II. Verlesung von Erklärungen und Urkunden	630
III. Erklärungen von Bürgen	630
IV. Verwalterbericht	630
V. Auskunft des Schuldners	630
VI. Forderungsprüfung und Stimmrechtsfeststellung	631
VII. Verhandlung über den Vergleichsvorschlag	631
VIII. Vorabstimmung bei Ungleichbehandlung der Gläubiger	632
IX. Abstimmung über den Vergleichsvorschlag	633
X. Bestätigung des Vergleichs	633
XI. Aufhebung des Verfahrens	633

XII. Die Vertagung des Vergleichstermins	634
XIII. Gerichtliche Entscheidungen im Vergleichstermin	634
XIV. Beispiel einer Niederschrift des Vergleichstermins	634
XV. Beispiel eines Bestätigungsbeschlusses	637
XVI. Beispiel einer Stimmliste	638
XVII. Das Bestätigungs- und Aufhebungsverfahren	643

Kapitel 10. Die Überwachung der Vergleichserfüllung

I. Die Überwachung von Amts wegen	645
II. Die vereinbarte Überwachung	647
1. Der Sachwalter	647
2. Verfügungsbeschränkungen	648
3. Beendigung der Überwachung	648
4. Vergütung und Auslagenersatz für den Sachwalter	649

Kapitel 11. Wirkungen des bestätigten Vergleichs

I. Allgemeines	649
II. Wegfall der Vergleichswirkung, Anfechtung des Vergleichs, Verzug	650
III. Die Vollstreckung des Vergleichs	651
1. Vollstreckungstitel	651
2. Vollstreckungsberechtigte	652
3. Vollstreckungsschuldner	652
4. Zuständigkeit für die Erteilung der Vollstreckungsklausel	653
5. Beispiel einer vollstreckbaren Ausfertigung	653
6. Vollstreckung gem. § 9 VglO	654

Kapitel 12. Der Anschlußkonkurs

I. Allgemeines	655
II. Die Ablehnung der Eröffnung des Vergleichsverfahrens	656
III. Die Versagung der Vergleichsbestätigung	658
1. Versagungsgründe	658
2. Eröffnung des Anschlußkonkurses	659
3. Ablehnung der Anschlußkonkursertöffnung	662
IV. Die Einstellung des Vergleichsverfahrens	662
1. Einstellungsgründe	662
2. Entscheidung über Anschlußkonkurs	663
a) Das Anschlußkonkursverfahren wird eröffnet	664
b) Das Anschlußkonkursverfahren wird nicht eröffnet	664
V. Nichterfüllung des Vergleichs und Entscheidung über eine Konkurseröffnung im fortgesetzten Verfahren	665
VI. Besonderheiten des Anschlußkonkursverfahrens	665

Kapitel 13. Die Register- und Aktenführung

I. Registerführung	666
II. Aktenführung	667
III. Vernichtung der Akten	667

Kapitel 14. Die Vergleichsstatistik 668

Teil 3. Kosten

Kapitel 1. Gerichtskosten

I. Grundsatz	671
II. Konkursverfahren	672
1. Vorläufige Anordnungen	672
2. Kostenhaftung	672
3. Kostenansatz	674
a) Nachforderung von Kosten wegen irrgen Ansatzes	674
b) Rückerstattung zuviel gezahltter Kosten	674
4. Gebühren- und Auslagenvorschuß	675
5. Massekostenvorschuß	676
6. Schuldnerantrag	676
7. Gläubigerantrag	677
8. Abrechnung des Kostenvorschusses	678
9. Die einzelnen Gebühren	679
a) Eröffnungsgebühr	679
aa) Schuldnerantrag	679
bb) Gläubigerantrag	679
cc) Mehrere Anträge gegen einen Schuldner	680
dd) Gesamtgläubigerschaft	680
ee) Verbindung mehrerer Anträge	680
ff) Antrag eines Gläubigers gegen mehrere Schuldner	681
gg) Vergleichsantrag während eines laufenden Konkursöffnungsverfahrens	681
b) Verfahrensgebühr	682
c) Besonderer Prüfungstermin	683
d) Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung	684
e) Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	684
f) Gebühren in der Beschwerdeinstanz	684
g) Die Fälligkeit der Beschwerdegebühr	685
h) Wert für die Beschwerdegebühr	685
i) Wiederaufnahme des Verfahrens	685
10. Weitere gebührenfreie Geschäfte	686
11. Abschriften aus dem Schuldnerverzeichnis	686
III. Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses	686
1. Gebühren- und Auslagenvorschuß	686
2. Verfahrensgebühr und Gegenstandswert	687
a) Verfahrensgebühr	687
b) Fälligkeit und Gebührenschuldner	688
c) Aktivmasse als Gegenstandswert	688
d) Schuldenmasse als Gegenstandswert	688
3. Vorzeitige Erledigung	689
4. Überleitung in den Konkurs	689
5. Ablehnung des Konkurses	690
6. Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	690
7. Beschwerdeverfahren	690
IV. Zeugen- und Sachverständigenentschädigungen	691
Kapitel 2. Gerichtsvollzieherkosten	692

Kapitel 3. Rechtsanwaltsgebühren

I. Konkursverfahren	694
1. Allgemeines	694
2. Eröffnungsverfahren	694
a) Vertretung des Gemeinschuldners	694
b) Vertretung eines Konkursgläubigers	694
c) Fälligkeit der Gebühr	695
d) Beratungsgebühr	695
e) Gebühr bei Aussetzung der Entscheidung über einen Konkursantrag wegen eines eingereichten Vergleichsantrags	695
3. Vertretung im Konkursverfahren	695
a) Verfahrensgebühr	695
b) Gegenstandswert	696
c) Vertretung eines Ab- oder Aussonderungsberechtigten oder eines Massegläubigers	696
4. Anmeldung einer Forderung	696
5. Zwangsvergleich	696
6. Wiederaufnahme des Verfahrens	697
7. Sicherungsmaßregeln nach § 197 Abs. 2 KO	697
8. Beschwerdeverfahren	698
9. Mehrfacher Auftrag	698
10. Keine Erstattungsfähigkeit der Rechtsanwaltsgebühren	699
11. Kostenfestsetzung gegen die eigene Partei (§ 19 BRAGO)	699
II. Vergleichsverfahren	699
1. Eröffnungsverfahren	699
2. Vergleichsverfahren	700
3. Sicherungsmaßregeln	701
4. Beschwerdeverfahren	701
5. Auftragsmehrheit	702
6. Keine Erstattungsfähigkeit	702
7. Rechtsanwalt als Vertreter des Vergleichsbürgen	702
III. Reisekosten und Abwesenheitsgelder	703
Kapitel 4. Gebühren der Rechtsbeistände	703

Anhang

1. Rechtspflegergesetz (Auszug)	704
2. Bestellung von Vergleichsverwaltern und Konkursverwaltern	707
3. Verordnung über die Vergütung des Konkursverwalters, des Vergleichsverwalters, der Mitglieder des Gläubigerausschusses und der Mitglieder des Gläubigerbeirats	707
4. Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher (Auszug)	714
5. Richtlinien für die Begutachtung gerichtlicher Vergleichsanträge	716
6. Merkblatt für gerichtliche Vergleichsanträge	723
7. Aktenordnung (Auszug)	728
8. Erteilung und Entnahme von Abschriften oder Auszügen aus den Schuldnerverzeichnissen; hier Überleitungsmaßnahmen	731
9. Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (Auszug)	736
10. Gesetz über den Sozialplan im Konkurs- und Vergleichsverfahren	743
11. Arbeitsförderungsgesetz (Auszug)	753
12. Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (Auszug)	758

13. Vorbemerkung zum Deutsch-Österreichischen Konkursabkommen und dem AusführungsG	769
I. Gesetz zu dem Vertrag vom 25. Mai 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich auf dem Gebiet des Konkurs- und Vergleichs-(Ausgleichs)rechts	771
II. Ausführungsgesetz zum deutsch-österreichischen Konkursvertrag (DöKVAG) ..	779
14. Strafgesetzbuch (Auszug)	786
Stichwortverzeichnis	789